

KURZ NOTIERT

von Lisa Hesse

■ Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt

Das Recht auf Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung wurde laut des thailändischen Dokumentationszentrums für Meinungs- und Pressefreiheit, *iLaw*, besonders in den Jahren 2012–2013 stark eingeschränkt. Bereits 2006, nach dem Putsch des Militärs gegen Premierminister Thaksin Shinawatra, waren die *Gesetze zur freien Meinungsäußerung* erlassen worden, die in den vergangenen zwei Jahren in auffällig vielen politisch motivierten Fällen neu und noch extremer ausgelegt worden sind und so neue Maßstäbe in der Rechtsprechung gesetzt haben. Besonders betroffen waren Bürger, die wegen Königsbeleidigung

und politisch kritischer Äußerungen auf Grundlage des Lèse Majesté und Diffamierungsgesetzes sowie zum Schutz der nationalen Sicherheit und sozialen Einheit verurteilt wurden. Zwei Filme wurden verboten, *Shakespeare Must Die* und *Boundary*. Ersterer, da er, so der Vorwurf, auf Grund der Kritik an Thaksin Shinawatra die soziale Einheit gefährde. Mit ähnlicher Begründung wurden mindestens drei Fernsehsendungen von der nationalen Fernseh- und Rundfunkbehörde verboten. Besonders stark sind die Kontrollen des Internets, mehr als 20.000 URLs wurden auf Grundlage des thailändischen Gesetzes gegen Internetkriminalität verboten. Zei-

tungen wurden nicht direkt verboten, allerdings gab es zahlreiche Klagen gegen einzelne Journalisten. Während der andauernden Proteste kritisierten vier große Medienorganisationen das Vorgehen der Regierung, die die Medien im Januar 2014 beschuldigt hatte, Fehlinformationen und verzerrende Darstellungen zu verbreiten. Die Medienorganisationen äußerten sich besorgt darüber, dass sie eine weitere Einschränkung durch Zensur und sogar ein Verbot der Publikation von Zeitungen fürchteten.

Prachatai, 1.6.2013;

Thai PBS, 22.1.2014

■ Proteste und Wahlen

Am 2. Februar 2014 fanden nach monatelangen Protesten und Rücktrittsforderungen von Seiten der Opposition vorgezogene Parlamentswahlen statt. Premierministerin Yinluck Shinawatra reagierte damit auf die andauernden Unruhen, bei denen seit Beginn der Proteste Ende 2013 mindestens acht Menschen ums Leben gekommen waren. Nach wochenlanger Belagerung und einer beinahe kompletten Lahm-

legung Bangkoks Mitte Januar 2014 liefen die Wahlen zwar weitgehend friedlich ab, wurden jedoch von Oppositionellen, die eine Neuwahl Yinlucks fürchteten, boykottiert. Wahllokale wurden belagert, Bürger daran gehindert, ihre Stimme abzugeben. Die Ergebnisse werden auf Grund der Störungen erst in einigen Wochen erwartet. Wichtig wird die Wahlbeteiligung sein, denn fällt diese zu niedrig aus, darf das Parlament

ohne Nachwahlen nicht zu einer konstituierenden Sitzung zusammenkommen. Da ein erneuter Wahlsieg Yinlucks höchst wahrscheinlich ist, befürchten Beobachter, dass das Wahlergebnis nicht zu einem Stopp der Proteste führen, sondern Gegner der Yinluck-Regierung diese auf undemokratischem Wege aus dem Amt vertreiben werden.

Zeit, 2.2.2014;

BBC, 13.1.2014.

■ Reissubventionen werden gekippt

Ende Februar 2014 wird die Übergangsregierung unter Yinluck Shinawatra das umstrittene Reissubventionsmodell abschaffen, das sie selber ins Leben gerufen hatte. Seit September 2013 ist der thailändische Staat finanziell nicht in der Lage, den Bauern die versprochenen Subventionen zu zahlen. Kritiker sahen von Beginn an Probleme bei der Finanzierung sowie eine erhöhte Gefahr der Korruption durch geheime

Finanzabsprachen mit potentiellen Käufern. Die internationalen Reispreise fielen im vergangenen Jahr, und Thailand verlor Ende 2013 seinen Führungsrang als weltweiter Reisexporteur. Im Februar 2014 annullierte die chinesische Regierung ein Kaufabkommen über 1,2 Millionen Tonnen Reis, nachdem die Anti-Korruptionskommission Nachforschungen eingeleitet hatte. Das nicht zustande gekommene

Geschäft führte zu Demonstrationen der Bauern parallel zu den anhaltenden politischen Protesten. Viele der Betroffenen, von denen ein Großteil Yinluck unterstützt, machen die Opposition und deren Blockade der Regierungsgeschäfte verantwortlich, nicht das Modell an sich.

Financial Times, 11.2.2014;

Bangkok Post, 5.2.2014.

Die Autorin ist externe Dozentin an der Ruhr-Universität Bochum und hat bei einer lokalen NGO in Bangkok gearbeitet.